CDU

FRAKTION NIEDERSACHSEN

AUSGABE 6/2025

DR. FRANK SCHMÄDEKE

AKTUELLES aus dem LANDTAG und der LANDESPOLITIK

- CDU-Fraktion fordert rechtssicheren Drohneneinsatz für Sicherheitsbehörden
- Klare Regeln für Smartphone-Nutzung an Schulen
- CDU-Fraktion kritisiert Justizministerin Wahlmann: Pannen, Planlosigkeit und Vertrauensverlust
- Moorschutz nur mit den Menschen – Freiwilligkeit ist der Schlüssel zum Erfolg
- Mehr Geschlechtersensibilität in der Medizin – strukturelle Verbesserungen in Forschung, Ausbildung und Versorgung
- Wer ein Glyphosat-Verbot fordert, muss auch sagen, wie es ohne Ertragsverluste weitergeht

Dr. Frank Schmädeke MdL

LANDTAG NIEDERSACHSEN

Mitglied des Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

kontakt@frank-schmaedeke.de
0170 22 08 756
www.frank-schmaedeke.de

Liebe Leserinnen und Leser,

diesmal melde ich mich ausnahmsweise nicht aus dem Landtag oder von einer der vielen Veranstaltungen vor Ort – sondern von zu Hause.

Denn leider bin ich gesundheitlich angeschlagen. Die ersten Anzeichen einer Besserung sind da, aber die vollständige Genesung braucht eben ihre Zeit. Deshalb heißt es für mich jetzt: Ruhe, Erholung und Geduld, damit ich nach der Sommerpause hoffentlich wieder mit voller Kraft für unsere Region im Landtag arbeiten kann.
Für die vielen guten Wünsche, die mich erreicht haben, bedanke ich mich ganz herzlich!

Trotzdem möchte ich es mir nicht nehmen lassen, Ihnen die wichtigsten politischen Themen des Juni-Plenums mitzuteilen.

In der letzten Sitzung vor der Sommerpause werden traditionell noch zahlreiche Themen zur Abstimmung gebracht.

In dieser Ausgabe finden Sie deshalb wieder kompakt zusammengefasst, was wir als CDU in den Landtag eingebracht haben.

Besonders schwer ist es mir gefallen, beim letzten Plenum nicht persönlich dabei sein zu können, weil dort ein Thema behandelt wurde, das mir seit vielen Jahren sehr am Herzen liegt und das ich selbst vor ein paar Monaten in den Landtag eingebracht habe: **der Moorschutz in Niedersachsen.**

Seit langem setze ich mich mit Entschließungsanträgen, Gesprächen und Reden im Landtag dafür ein, dass wir beim Schutz unserer Moore einen vernünftigen, gemeinsamen Weg finden – mit den Menschen, die dort seit vielen Generationen leben und wirtschaften. Ohne Bevormundung, ohne Enteignung.

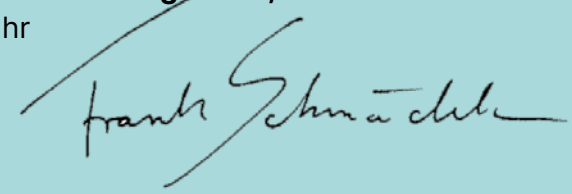
Gerade bei uns vor Ort im Lichtenmoor sieht man, dass dieser Weg funktionieren kann.
Das langwierige, aber erfolgreiche Flurbereinigungsverfahren dort zeigt: Mit Erfahrung, Geduld, Offenheit und dem Willen zum Gespräch lassen sich Lösungen finden, die Natur und Landwirtschaft gleichermaßen gerecht werden. Ein ideologischer Streit hilft an dieser Stelle niemandem. Was wir brauchen, ist ein praktischer, zukunftsorientierter Blick auf den Moorschutz – zum Wohl der Menschen, der Tiere und unserer einzigartigen Landschaft.

Gelungenes Beispiel Lichtenmoor- durch ein aufwändiges Flurbereinigungsverfahren wurden hier neue Lebensräume geschaffen.

Inzwischen haben die Sommerferien in Niedersachsen begonnen.

Ich wünsche allen Familien eine schöne, erholsame Urlaubszeit – ob zu Hause oder unterwegs – und allen, die in dieser Zeit arbeiten, gutes Gelingen bei dem, was sie sich vorgenommen haben.

Bleiben Sie gesund,
Ihr



Frank Schmädeke

CDU-Fraktion fordert rechtssicheren Drohneneinsatz für Sicherheitsbehörden

Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz und die Abwehr von Drohnen durch die Polizei in Niedersachsen. Hintergrund ist die zunehmende Gefahr durch Spionage, Sabotage und Störungen mit Drohnentechnologie.

„Die Polizei muss bedrohliche Drohnen im Ernstfall sofort ausschalten können und dürfen – alles andere ist sicherheitspolitische Verantwortungslosigkeit“, erklärte die polizeipolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Saskia Buschmann, am Mittwoch im Landtag. Technisch sei die Polizei dazu in der Lage, es fehle jedoch an einer rechtssicheren Ermächtigungsgrundlage.

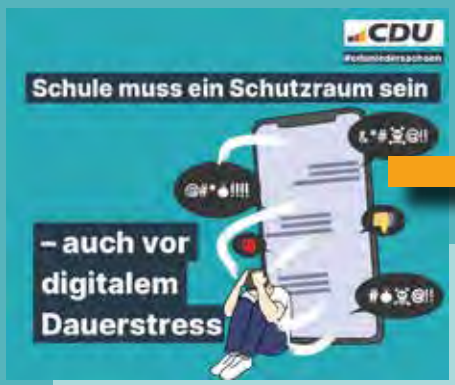
Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sieht deshalb eine eigene, verfassungskonforme Regelung für den Einsatz von Drohnen vor. Diese sollen als modernes Einsatzmittel bei Observationen, Fahndungen und zur Gefahrenabwehr eingesetzt werden können.

Die derzeitige Anwendung über die Generalklausel sei unzureichend und führe zu rechtlicher Unsicherheit.

Buschmann warf der rot-grünen Landesregierung vor, die Bedrohungslage zu unterschätzen. Während andernorts bereits gehandelt werde, verharre Niedersachsen im Prüfmodus. „Wer unsere Polizei auf Paragrafen aus dem letzten Jahrhundert beschränkt, kann den Gefahren des 21. Jahrhunderts nicht begegnen“, so Buschmann. Niedersachsen brauche eine moderne Sicherheitsarchitektur mit klaren Eingriffsrechten für Polizei und Verfassungsschutz.

Die CDU-Fraktion kündigte an, das Thema weiter in den Landtag einzubringen und den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen.

Saskia Buschmann, MdL
(Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport)



Klare Regeln für Smartphone-Nutzung an Schulen und verbindliche Medienbildung

Die CDU-Landtagsfraktion will für mehr Schutz, Konzentration und Orientierung im Umgang mit Smartphones an Niedersachsens Schulen sorgen.

Dazu hat die Fraktion einen eigenen Gesetzesentwurf vorgelegt, der ein grundsätzliches Nutzungsverbot für Smartphones während des Unterrichts, in den Pausen und im Ganztagsbereich vorsieht. Ausnahmen soll es nur bei pädagogisch sinnvollem Einsatz, medizinischer Notwendigkeit oder im Rahmen verantwortungsvoller Konzepte für ältere Schülerinnen und Schüler geben.

„Es geht nicht gegen Digitalisierung – es geht um Kinderschutz, Konzentration und echte Begegnung im Schulalltag“, machte der kultuspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Christian Fühner, im Landtag deutlich.

Die zunehmende exzessive Smartphone-Nutzung gefährde das schulische Lernklima, echte Begegnungen und die psychische

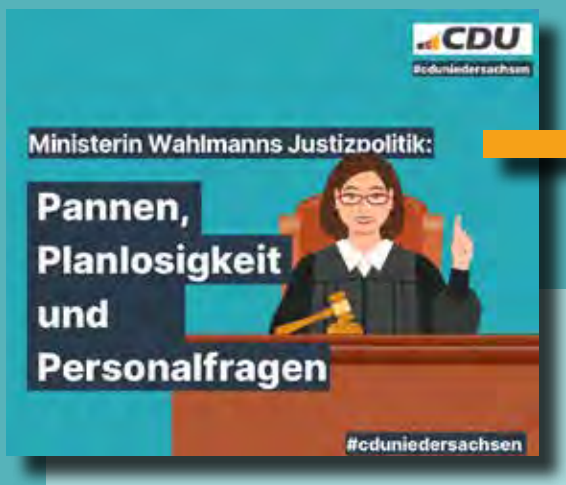
Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Führer verwies dabei auf Fälle von Cybermobbing an Schulen, die im schlimmsten Fall bis hin zur Selbstverletzung führen.

Laut aktueller KIM-Studie verbringen Kinder zwischen 10 und 13 Jahren täglich durchschnittlich 2,5 Stunden am Smartphone. Die WHO warnt bereits vor den Folgen übermäßiger Bildschirmzeit, darunter Schlaf- und Konzentrationsstörungen.

Neben klaren Regeln fordert die CDU auch den verbindlichen Ausbau der Medienbildung an Schulen. Vorgesehen sind unter anderem eine landesweite Digitalstrategie, die Verankerung digitaler Kompetenzen in den Lehrplänen, mehr Lehrerfortbildung, verstärkte Elternarbeit sowie der gezielte Einsatz externer Medienpädagoginnen und -pädagogen. Beispiele aus Frankreich und Italien zeigen, dass strengere Regelungen sinnvoll und praktikabel sind. Die CDU-Fraktion setzt sich für einen niedersächsischen Weg ein, der klare Regeln, pädagogische Freiheit und umfassende Medienbildung miteinander verbindet.

Ziel ist es, Kinder nicht nur auf Prüfungen, sondern auch auf ein Leben in einer digital geprägten Welt vorzubereiten – mit mehr Schutz, Aufklärung und Orientierung.

Christian Führer, MdL
(Mitglied im Kultusausschuss)



CDU-Fraktion kritisiert Justizministerin Wahlmann: Pannen, Planlosigkeit und Vertrauensverlust

Die CDU-Landtagsfraktion wirft Justizministerin Wahlmann schwere Versäumnisse vor. Nachdem erneut ein mutmaßlicher Clankrimineller aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste, weil ein Verhandlungstermin nicht rechtzeitig angesetzt wurde, spricht die CDU von einem massiven Vertrauensverlust in den Rechtsstaat.

Auch innerhalb der Justiz wächst der Unmut. Die Hauptpersonalräte haben den weiteren Roll-out der E-Akte gestoppt – ein deutliches Zeichen, dass die Beschäftigten nicht ausreichend eingebunden wurden. Hinzu kommen IT-Ausfälle, Unklarheiten bei der Hochschule für Rechtspflege, Frust über die Besoldungsstruktur und mangelnde Transparenz bei Vorfällen in Justizvollzugsanstalten.

Der rechtspolitische Sprecher Christian Calderone kritisiert zudem die Konzeptlosigkeit bei Bauprojekten der Ministerin: „Große Ankündigungen, aber keine belastbaren Zeitpläne oder transparente Kostenstrukturen."

Die CDU-Fraktion fordert einen Kurswechsel hin zu mehr Verlässlichkeit, Transparenz und echter Problemlösung.

Carina Hermann, MdL
(Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen)

Moorschutz nur mit den Menschen – Freiwilligkeit ist der Schlüssel zum Erfolg

Die CDU-Landtagsfraktion fordert eine verantwortungsvolle und praxisnahe Gestaltung des Moorschutzes in Niedersachsen. Im Mittelpunkt steht dabei die klare Haltung: Ohne die Menschen vor Ort, ohne Verlässlichkeit und ohne Freiwilligkeit kann ein solcher Wandel nicht gelingen.

„Wenn wir über Moorschutz sprechen, dann geht es nicht nur um Klimaziele und CO_2-Bilanzen. Es geht um die Lebensrealitäten der Menschen, die in den Moorregionen leben und wirtschaften“, betonte die CDU-Landtagsabgeordnete Katharina Jensen in der aktuellen Debatte im Niedersächsischen Landtag.

Besonders betroffen seien Regionen wie die Wesermarsch, Friesland oder das Emsland, wo der Moorkörper direkt unter den landwirtschaftlich genutzten Flächen liegt. Die Verunsicherung sei dort groß: Unklare Vorgaben, wirtschaftliche Risiken und fehlende Perspektiven führen zu wachsendem Misstrauen.

Die CDU-Fraktion warnt davor, die betroffenen Regionen mit Verboten, Bevormundung oder politischen Schnellschüssen weiter zu verunsichern. **„Keine Enteignung, keine Bevormundung, kein Aktionismus – Moorschutz muss mit den Menschen gestaltet werden“,** so Jensen. Der Schutz der Moore sei zweifellos ein wichtiger Baustein für den Klimaschutz, doch dieser könne nur gelingen, wenn er gemeinsam, transparent und auf freiwilliger Basis erfolgt.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen potenzieller Maßnahmen zeigen die Dimension der Herausforderung. Laut Berechnungen des Grünlandzentrums droht allein in der niedersächsischen Milchwirtschaft ein Produktionswertverlust von bis zu einer Milliarde Euro jährlich, sollte der Moorschutz ohne Augenmaß durchgesetzt werden. Die Folgen für Betriebe, Arbeitsplätze und die gesamte Wertschöpfungskette im ländlichen Raum wären gravierend.

Die CDU-Fraktion setzt deshalb auf einen strukturierten, fairen Ansatz nach dem Vorbild des Kohleausstiegs: Mit einem breiten Beteiligungsprozess, wirtschaftlichen Ausgleichsmechanismen, klaren rechtlichen Rahmenbedingungen und einer ehrlichen Bestandsaufnahme vor Ort.

Ziel ist es, Klimaschutz, Wertschöpfung und die Landwirtschaft miteinander zu verbinden – ohne ideologische Schnellschüsse und ohne die Menschen im ländlichen Raum im Regen stehen zu lassen. Offene Fragen müssten dabei dringend geklärt werden: **Wer haftet bei Ertragsausfällen? Wie wird künftig der Umgang mit Drainagen geregelt? Woher kommen Ersatzstoffe, wenn Torf verboten wird?**

All das müsse geklärt sein, bevor die Politik den Menschen vor Ort neue Auflagen macht.

„Die Menschen in den Moorregionen sind bereit, Verantwortung zu übernehmen“, so Jensen. „Aber sie erwarten auch, dass die Politik sie mitnimmt, ihre Existenzgrundlagen respektiert und realistische Lösungen entwickelt.“ Nur so könne der Moorschutz in Niedersachsen gelingen – durch Vertrauen, Freiwilligkeit und einen gemeinsamen Weg, der Klimaschutz und den ländlichen Raum nicht gegeneinander ausspielt, sondern zusammenbringt.

Die CDU-Fraktion hat dazu den Antrag „Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen gestalten“ in den Landtag eingebracht.

Mehr Geschlechtersensibilität in der Medizin – strukturelle Verbesserungen in Forschung, Ausbildung und Versorgung

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für mehr geschlechtersensible Forschung und medizinische Versorgung in Niedersachsen ein. Mit einem gemeinsamen Antrag fordern der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, Eike Holsten, und die frauenpolitische Sprecherin Sophie Ramdor konkrete Veränderungen – von der medizinischen Ausbildung über die Forschung bis hin zur Patientenversorgung.

Gerade als Mann sei es ihm wichtig, das Thema nicht den Betroffenen allein zu überlassen, erklärt Eike Holsten.

„Medizin funktioniert nicht nach dem Prinzip ‚One-size-fits-all' – genau deshalb brauchen wir mehr Wissen über geschlechtsspezifische Unterschiede und endlich ein Gesundheitssystem, das diesen gerecht wird", so Holsten.

Er verweist auf alarmierende Fakten: Frauen kommen im Schnitt zwei Stunden später mit einem Herzinfarkt ins Krankenhaus – und haben ein deutlich höheres Risiko, daran zu sterben. Nicht, weil sie schlechter behandelt würden, sondern weil ihre Symptome oft anders aussehen und zu wenig bekannt seien.

Doch auch Männer seien betroffen: Erkrankungen wie Osteoporose oder Depressionen würden bei ihnen häufig erst sehr spät erkannt – weil sie nicht dem gewohnten Krankheitsbild entsprächen. „Es geht hier nicht um Konkurrenz der Geschlechter, sondern um mehr Wissen, weniger Vorurteile und mehr individuelle Versorgung", betont Holsten.
Sophie Ramdor unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf. „Unser Gesundheitssystem orientiert sich in Forschung und Lehre noch viel zu oft am männlichen Durchschnittskörper.

Das führt dazu, dass Millionen Frauen bei Erkrankungen wie Endometriose oder Lipödem lange auf eine Diagnose oder angemessene Therapie warten müssen."

Besonders bei Endometriose dauere es im Schnitt immer noch sieben bis acht Jahre bis zur Diagnose – eine Belastung, die für viele Betroffene vermeidbar wäre.

Die CDU-Fraktion beantragt:
Geschlechtersensible Inhalte sollen verbindlich in die medizinische Ausbildung integriert, Forschung gezielt gefördert und Selbsthilfeorganisationen gestärkt werden. „Wir wollen, dass medizinische Versorgung qualitativ hochwertig und gleichzeitig passgenau für alle Menschen ist – egal ob Frau oder Mann", so Ramdor.

Die CDU-Fraktion macht deutlich:
Eine moderne, gerechte Medizin erfordert ein gemeinsames Umdenken in Forschung, Lehre und Praxis – zum Wohle aller Patientinnen und Patienten.

Wer ein Glyphosat-Verbot fordert, muss auch sagen, wie es ohne Ertragsverluste weitergeht

Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich für einen sachlichen und faktenbasierten Umgang mit dem Einsatz von Glyphosat in der Landwirtschaft aus.

Ein pauschales Glyphosat-Verbot klingt auf den ersten Blick nach Fortschritt – ist in der Praxis aber oft ein Rückschritt für Klima, Boden und Landwirtschaft, so die landwirtschaftspolitische Sprecherin Katharina Jensen

„Glyphosat ist kein bequemes Mittel, aber in vielen Fällen ein unverzichtbares Werkzeug für eine ressourcenschonende und wirtschaftliche Bewirtschaftung“, betonte Jensen.

Der gezielte Einsatz im Rahmen des integrierten Pflanzenbaus ermögliche bodenschonende Anbaumethoden, den Verzicht auf tiefes Pflügen und reduziere so Erosion und Nährstoffverluste.

„Dort, wo Glyphosat nicht nötig ist, wird es nicht eingesetzt – das ist Praxis auf unseren Höfen“, so Jensen.

Ein Verbot ohne tragfähige Alternativen hätte nach Einschätzung der CDU-Fraktion fatale Folgen: Mehr mechanische Bodenbearbeitung, höherer Dieselverbrauch, steigende CO_2-Emissionen – mit negativen Auswirkungen für das Klima. Jensen kritisierte, dass dieser Zusammenhang in der öffentlichen Debatte häufig ausgeblendet werde.

Bereits in einer Expertenanhörung im Landtag hatten Landwirtschaftskammer und Fachverbände die Bedeutung von Glyphosat für eine moderne, nachhaltige Landwirtschaft unterstrichen. Jensen machte deutlich: „Wir verteidigen Glyphosat nicht als Ideal, sondern als das derzeit beste verfügbare Instrument – solange gleichwertige Alternativen fehlen.“

Die CDU-Fraktion bewertet die Entscheidung der Europäischen Kommission, die Glyphosat-Zulassung um zehn Jahre zu verlängern, als sachgerecht.

Jensen erinnerte daran, dass es sich um eine wissenschaftlich begründete Entscheidung auf europäischer Ebene handelt. Nationale Alleingänge, wie sie von Teilen des Umweltbundesamtes gefordert werden, lehnt die CDU ab – sie gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, ohne die Probleme zu lösen.

Jensen forderte mehr Sachlichkeit in der Debatte. Skandalisierung verunsichere Landwirte und Verbraucher. Sie verwies auf die Expertenanhörung im Landtag, bei der ein Vertreter der Landwirtschaftskammer betonte: „Die Studien, die ich kenne, besagen, dass die Toxizität von Glyphosat der eines Lippenstifts gleicht.“

Die CDU-Fraktion stellt klar: Landwirtschaft, Klimaschutz und wirtschaftliche Perspektiven müssen zusammen gedacht werden. Ein pauschales Verbot hilft weder der Umwelt noch den Betrieben.

Dr. Frank Schmädeke MdL
LANDTAG NIEDERSACHSEN
Mitglied des Niedersächsischen Landtags
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
kontakt@frank-schmaedeke.de
0170 22 08 756
www.frank-schmaedeke.de